



**HOLGER
ANSMANN**

SPD

Holger Ansmann
Mit Weitblick, Herz und Verstand.
Für Wilhelmshaven.

*SPD-
Landtagskandidat
für den Wahlkreis*



69

(Wilhelmshaven)

BUND
Frau Karin Patent
Alkostr. 9 B

26388 Wilhelmshaven

01.12.12

Landtagswahl 2013 - Wahlprüfsteine des BUND

Sehr geehrte Frau Patent,

mit Schreiben vom 28. Oktober d. J. haben Sie mir die Wahlprüfsteine der BUND-Kreisgruppe Wilhelmshaven zukommen lassen. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Nachstehend sende ich die Antworten zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen.

I. Atomkraft

Frage 1:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass es eine ergebnisoffene und bundesweite Suche nach geeigneten atomaren Endlagerstandorten gibt. Dabei müssen die geologischen Gründe berücksichtigt werden, die bereits heute eindeutig für eine Schließung des Standortes Gorleben sprechen. Als Wilhelmshavener Landtagskandidat fordere ich daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben.

Frage 2:

Jährlich werden in Deutschland mehr als 500.000 Versandstücke mit radioaktiven Stoffen transportiert. Über 95% stammen nicht aus Kernkraftwerken, sondern aus

Krankenhäusern, Forschungseinrichtungen, Universitäten und industriellen Anwendungen. Diese Abfälle sind schwach- bis mittelradioaktiv und werden per LKW transportiert. Bei den genannten Castor-Transporten handelt es sich um Transporte aus hochradioaktiven Reststoffen aus der Wiederaufbereitung. Diese gehen bisher in das zentrale Zwischenlager Gorleben. Bei Schließung dieses Zwischenlagers und keiner Endlagerung von Brennelementen in Niedersachsen entfallen entsprechende Transporte.

Frage 3:

Ich trete für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ein. Es darf es bis zum völligen Ausstieg keine Abstriche bei den Sicherheitsanforderungen in den Atomkraftwerken geben. Die kerntechnischen Anlagen der EU wurden nach den Vorkommnissen in Fukushima im März 2011 einem „Stress-Test“ unterzogen. Er erfolgte auf den Vorgaben der European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG). Die Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, ein kerntechnisches Regelwerk zur Sicherheit von Atomkraft daraus zu erarbeiten. Dies ist derzeit noch nicht fertig gestellt. Die SPD wird nach Vorlage dieses Werkes die Optimierung der Sicherheitssysteme für niedersächsische Atomkraftwerke unterstützen.

Frage 4:

Wenn es sich um hochradioaktiven Umschlag von Atombrennstäben handelt, werde ich alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung des Umschlags und des Transportes über Wilhelmshaven einsetzen.

II. Land- und Forstwirtschaft

Frage 1:

Die landwirtschaftliche Flächennutzung ist in Niedersachsen einem erheblichen Wandel unterworfen. Der intensive Maisanbau zur Nutzung in Biogas-Anlagen ist erheblich ausgeweitet worden. Der Ausbau des ökologischen Landbaus stagniert dagegen in Niedersachsen. Zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt braucht es konkrete Programme für eine nachhaltige Ressourcen schonende Landnutzung. Eine neue Landesregierung steht im Bereich Landwirtschaft vor wichtigen Weichenstellungen.

Frage 2:

Es müssen neue Planungs-Instrumente zur Steuerung von Stall-Anlagen für den ländlichen Raum eingeführt werden. Das Ziel ist dabei die Regulierung von Anlagen zur Massentierhaltung und die Bindung der Tierhaltung an die Fläche bei der Futtermittelversorgung.

Frage 3:

Die Reduzierung der Güllemenge ist aus ökologischen Gründen notwendig. Die Tierhaltung ist an die Fläche bei der Entsorgung des Mistes bzw. der Gülle zu binden. Die Düngeverordnung mit Bewertung der Nährstoffbilanzen und Nährstoffüberschüsse zur Nitratreduzierung im Grundwasser ist zu überprüfen und zu reduzieren.

III. Energie

Frage 1:

Die SPD wird im Rahmen einer neuen Energiepolitik Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit beim Atomausstieg und dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger zusammenführen. Sie sieht bei diesem Jahrhundertprojekt die Chance, Niedersachsen zum Spitzenreiter der Energiewende zu machen: Die SPD wird in einem Masterplan verbindliche Zielsetzungen und gebündelte Zuständigkeiten vereinen, im Dialog mit den Betroffenen für fairen Interessenausgleich und eine sozial gerechte Versorgungssicherheit sorgen. Hierbei werden Zielkonflikte wie beispielsweise zum Landschaftsbild oder im Naturschutz eine besondere Berücksichtigung finden.

Die SPD wird vor dem Hintergrund zahlreicher verschiedener Konfliktthemen daher für ein „Bündnis für Energie“ mit Sozialpartnern (Gewerkschaften, Arbeitgeber), Energie-, Landwirtschafts- und Umweltverbänden, Kommunen und Energieversorgern schaffen, um einen möglichst breiten Konsens für die erforderlichen Projekte der Energiewende zu erzielen neue Beteiligungskultur schaffen. Des Weiteren wird eine Landesenergieagentur als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen eingerichtet, die für Information und Beratung sorgt und Netzwerke mit Verbänden, Vereinen etc. organisiert.

Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf Gas setzen und in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- Möglichkeiten prüfen, mit Flüssiggas-Anlandung (LNG) die Gasversorgung auf eine breitere Basis zu stellen und die Energiepreise marktgerecht niedrig zu halten.
- die Fracking-Förderung in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen.
- CCS, die CO₂-Abscheidung und Speicherung, in Niedersachsen nicht zulassen,
- die Option prüfen, ob CCR für industrielle Prozesse CO₂ klimaverträglich ist.

Frage 2:

Zur Vermeidung einer weiteren „Vermaisung“ der Landschaft sind bei der Förderung von Biogasanlagen die Nutzung von Gülle, Mist und anderen biogenen Reststoffen zu priorisieren.

Frage 3:

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz hat für mich höchste Priorität. Deshalb werden wir die Windenergie in Niedersachsen ausbauen, um bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Energiegewinnung auf 50 Prozent zu steigern. Wir werden Standorte effektiver nutzen, Repowering fördern und umweltverträgliche Offshore-Windparks weiterentwickeln. Das alles werden wir in enger Abstimmung mit den Umweltverbänden und den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen.

Frage 4:

Gemeinsam mit der SPD – Landtagsfraktion werde ich mich dafür einsetzen, dass die Fracking-Förderung in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausgeschlossen wird.

Frage 5:

Ich bin gegen ein weiteres Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf Gas setzen und in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen.

IV. Flusspolitik

Frage 1:

Das Land Niedersachsen hat im Sommer 2012 sein Einvernehmen zur Elbvertiefung erteilt. Grundlage waren Beweissicherungsberichte aus den Jahren 2007 und 2011, die seitens der niedersächsischen SPD kritisch betrachtet wurden. Es geht hierbei um eine potenzielle Zunahme des Salzgehaltes bis hin zu den Anbaugebieten der Obstbauern im Alten Land. Der für Niedersachsen entscheidende Punkt ist die Deichsicherheit, die aus Sicht der SPD nicht verhandelbar ist.

Frage 2:

Die „Ems-Lenkungsgruppe“ arbeitet seit 2011 an ökologischen und ökonomischen Fragestellungen zur Ems. In der Lenkungsgruppe sind neben der Staatskanzlei die zuständigen Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Landwirtschaft, die Landkreise Emsland und Leer, die Meyer-Werft, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest und die Umweltverbände BUND, NABU und WWF vertreten. Ziel ist es, Lösungen für die Region zu entwickeln und zu bewerten. Die Arbeitsgruppen und der Beirat vor Ort haben einvernehmlich ein hydromorphologisches Gutachten in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage dieses Gutachtens sollen dann die verbliebenen Lösungsansätze diskutiert und die beste Lösung herausgearbeitet werden. Diesen Prozess werde ich konstruktiv unterstützen.

Frage 3:

Die geplante Vertiefung von Unter- und Außenweser ist ein Eingriff in das ökologische Werte-System des Flusses. Vor dem Hintergrund des neuen Jade Weser Ports ist die Notwendigkeit der Vertiefung zu hinterfragen.

Frage 4:

Ich würde einen Binnenwasserstraßenanschluss Wilhelmshavens unterstützen, wenn er finanziell vertretbar, ökologisch unproblematisch und technisch machbar wäre.

V. Infrastruktur

Frage 1:

Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Verteilung und Übertragung. Das Konzept dafür hängt vor allem vom Energiemix der Zukunft ab. Niedersachsen wird wegen der steigenden Zahl von On- und Off-Shore-Windkraftanlagen voraussichtlich eines der am stärksten vom Netzausbau betroffenen Bundesländer sein. Dieser Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam erfolgen. Es muss die Regel werden, dass Hochspannungsleitungen – wie bereits im Niederspannungsbereich – landschafts-

und umweltschonend sowie menschenverträglich als Erdkabel verlegt werden. Dabei liegt die Priorität auf energiesparenden und gesundheitlich unbedenklicheren Techniken wie der Höchstspannungs-, Gleichstromübertragung (HGÜ).

Der Netzausbau dient zu einem großen Teil der Versorgung anderer Bundesländer. Die SPD spricht sich dafür aus, einen Runden Tisch mit Vertretern der Energiewirtschaft (insbesondere Netzbetreibern), den Regionen und Vertretern der Bevölkerung einzurichten. Bedarf und Alternativen müssen transparent werden. Bevor Stromleitungen ausgebaut werden, ist durch Lastflussanalysen die Notwendigkeit von Aus- und Neubau nachzuweisen. Der Umbau von bestehenden Stromleitungen hat Vorrang vor dem Neubau von Stromnetzen. Zudem sollten intelligente Stromnetze (Smart grids) gefördert werden.

Frage 2:

Niedersachsen ist zur zentralen und internationalen Logistikkreuzung geworden. Mit dem Jade-Weser-Port hat das Land ein neues Tor zur Welt geöffnet. Das Transportgewerbe spielt für Wirtschaft und Konsum eine wichtige Rolle. Es gilt also, die Infrastruktur auf allen Verkehrsträgern – Schiene, Wasser, Straße und Luft – zu optimieren und mit einander zu vernetzen. Dies dient dem Güter-, Individual- und öffentlichen Verkehr in gleicher Weise.

Anlieger- und Umweltinteressen sollen durch frühzeitige und umfassende Informationen sowie eine pragmatische und ideologiefreie Suche nach Lösungen einfließen.

Die SPD ist für die Erarbeitung eines Infrastrukturkonzepts, das Schienennetze einschließlich der Hinterland-Anbindung von Hafen- und Produktionsstandorten wie dem Jade-Weser-Port saniert, optimiert und die Belange der Bürger und der Umwelt berücksichtigt werden. Ziel der SPD ist es, dass keine Region durch vernachlässigte Straßen- und Schienenanbindungen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt, das System der Binnenwasserstraßen modernisiert wird und eine neue Kategorisierung der Binnenwasserstraßen nicht zulasten Niedersachsens geht.

Frage 3:

In Niedersachsen gibt es ein breites gesellschaftliches Engagement im Natur- und Umweltschutz. Die SPD wird eine rechtzeitige Bürgerbeteiligung durch gesetzliche Möglichkeiten der Beteiligung und entsprechender Beteiligungsmöglichkeiten im Planungsverfahren ermöglichen.

VI. Klimaschutz

Frage 1:

Ich bin gegen den weiteren Neubau von Kohlekraftwerken in Niedersachsen (siehe III, Frage 5). Regenerative Energien sind das Gebot der Stunde. Denn. 80 Prozent dieser Treibhausgase, vornehmlich Kohlendioxid, entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas.

Frage 2:

Ich spreche mich dafür aus, die CCS, die CO₂-Abscheidung und Speicherung, in Niedersachsen nicht zuzulassen. Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen, dass diese Technologie in Niedersachsen nicht zum Einsatz kommt.

Frage 3:

Die Gebäudesanierung kann wesentliche Beiträge zum Klimaschutz beitragen. Ziel ist es, die Energieverbrauchswerte von Neubauten und, bei grundlegender Sanierung, von Altbauten um bis zu 90 Prozent zu senken. Bei der energetischen Gebäudesanierung muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Gebäudesanierungsprogramm der SPD beweist bereits auf kommunaler Ebene eine Win-Win-Situation: Es gibt der regionalen Wirtschaft wichtige Innovations-Impulse und reduziert den Energieverbrauch so deutlich, dass unübersehbare Einspareffekte Bewohnerinnen und Bewohnern, Nutzerinnen und Nutzern zu Gute kommen.

Zur Steigerung von Energie-Einsparung und –Effizienz werde ich mich als Landtagsabgeordneter für die Umsetzung folgender Punkte einsetzen:

- einen Stufenplan zur Sanierung landeseigener Gebäude durchsetzen.
- Energiemanagementsysteme für öffentliche Einrichtungen einführen und Dienstleistungen für effizientere Energienutzung fördern.
- eine Energy-IT-Initiative starten, um den Stand der IT-Technik – intelligente Stromsparkonzepte, optimierte Kühlungssysteme – und neue IT-Technologien wie Deduplizierung (Reduzierung von Datenströmen) breitenwirksam einzusetzen.
- einen „Niedersächsischen Energieeffizienzpreis“ für kleine und mittlere Unternehmen ausloben, um das Handwerk zur Installation und Wartung neuer Technologien in Privathaushalten zu motivieren.

VII. Naturschutz

Frage 1:

Obwohl der Erhalt der biologischen Vielfalt im Bundesnaturschutzgesetz in § 1 ausdrücklich als Staatsziel genannt wird, sind immer mehr Tier- und Pflanzenarten in Niedersachsen gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, um diesen negativen Trend zu stoppen?

Frage 2:

Der Schutz des Weltnaturerbes „Niedersächsisches Wattmeer“ hat eine große Bedeutung. Diesem Schutz muß bei allen zukünftigen wirtschaftlichen Vorhaben Rechnung getragen werden. Das gilt auch für Vorhaben der Ölförderung.

Frage 3:

Für die Ausweisung des Gebietes „Voslapper-Groden-Süd“ als Industriegebiet gibt es meines Erachtens aktuell keinen Bedarf. Für ansiedlungswillige Betriebe und deren Planungen gibt es ausreichend geeignete Flächen, z.B. in der Logistik-Zone oder im Jade Weser Park. Bei Erreichen der Erhofften Wertschöpfung im Zusammenhang mit dem Vermehrten Umschlag im Jade Weser Port ist der Bereich „Voslapper-Groden-Süd“ in die Überlegungen für die Ausweisung neuer Ansiedlungsflächen einzubeziehen.